FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 01

Atommüll-Lager

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich gegen grenznahe Atommüll-Lager aus und fordert, Schutzzonen für atomkraftfreie Länder einzurichten und entsprechende EU-Verträge abzuschließen.

Österreich ist umgeben von Ländern mit noch in Betrieb stehenden AKWs. Diese AKWs müssen irgendwann eingestellt werden, und der anfallende langstrahlende hochgiftige Atommüll muß dann zwangsläufig irgendwo endgelagert werden. Da gerade die Tschechische Republik nahe der österreichischen Grenze AKWs betreibt, ist zu befürchten, daß große Mengen von Atommüll nur wenige Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt endgelagert werden.

Die geologischen Schichten in Tschechien (Böhmische Masse) wären nach Ansicht einiger ExpertInnen dazu geeignet. Fest steht aber, daß niemand wirklich dafür garantieren kann, daß diese Endlagerstätten absolut dicht sind. Österreich hat also im Fall eines Endlagers in Tschechien das große Risiko, irgendwann einmal (vielleicht schon bald) durch radioaktiven Abfall verseucht zu werden. Es ist daher dringend notwendig, schon jetzt mit der EU und Tschechien völkerrechtlich verbindliche Verträge abzuschließen, die die Errichtung von Atommüll-Lagern in der Grenznahe (mindestens 500 km Abstand) von Österreich verbietet.

Die Arbeiterkammer Wien fordert daher alle zuständigen Personen und Stellen (Regierung, Parlament, EU-MandatarInnen, etc.) auf, sich für ein Verbot grenznaher Atommüll-Lager an den Grenzen atomkraftfreier Staaten, insbesondere an den Grenzen von Österreich, einzusetzen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 02

Freihandelsvertrag der EU mit USA

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich gegen einen Freihandelsvertrag der EU mit den USA aus und fordert alle in Frage kommenden Personen und Stellen (Regierung, EU-Abgeordnete etc.) auf, gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA zu agieren bzw. einem solchen nicht zuzustimmen.

Die Bevölkerung in Österreich legt großen Wert auf gesunde biologische Lebensmittel, die sie sich auch leisten kann. Die Landwirtschaft in Österreich wurde in den letzten Jahren zunehmend dafür sensibilisiert. Insbesondere für kleine und mittlere Betriebe stellt die ökologische Landwirtschaft eine wirtschaftliche Chance dar, die das Überleben der kleineren regionalen landwirtschaftlichen Betriebe ermöglicht.

Das bedeutet aber, daß diese Betriebe mit den Preisen von ungesunden umweltschädlich produzierten Lebensmitteln aus den Agrarfabriken nicht mithalten können.

Gerade in USA aber sind die Umweltstandards bei Lebensmitteln oft viel geringer als in der EU. Es ist zu befürchten, daß im Falle eines Freihandelsvertrages mit den USA gesundheitsschädliche und umweltschädlich produzierte Lebensmittel zu Dumpingpreisen in der EU und in Österreich eingeführt werden. Dies kann dann aufgrund des Freihandelsvertrages auch nicht mehr verhindert werden. Diese Billigware wird aber die österreichische regionale Landwirtschaft ruinieren, insbesondere kleinere Betriebe. Auch ökologische Produkte hätten dann nur mehr geringere Marktchancen in Österreich. Langfristig könnte das katastrophale Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung haben.

Die Probleme, die ein Freihandelsvertrag mit den USA mit sich bringt, sind mannigfaltig und gravierend. Um nur einige zu nennen:

- hoher Antibiotika-Einsatz in der Tierfleisch-Produktion (Rinder, Schweine, Hühner etc.)
- gentechnisch veränderte Futtermittel (Stichwort Monsanto)
- erhöhte Pestizidrückstände in den Lebensmitteln
- Klonfleisch

Die wirtschaftsbelebende Wirkung eines Freihandelsvertrages mit den USA wird bei weitem überschätzt. Das Handelsvolumen der EU mit den USA beträgt nicht einmal 10 % vom Gesamthandelsvolumen. Die Gefahren für Lebensmittel- und Umweltstandards hingegen, die daraus für die EU und Österreich entstehen, werden bei weitem unterschätzt (siehe Aufzählung oben).

Ein Freihandelsvertrag mit den USA bringt der EU und Österreich wesentlich mehr Risiken als Chancen und ist daher abzulehnen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 03

Artenvielfalt

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, die Artenvielfalt (Biodiversität) in der EU und insbesondere in Österreich in der Landwirtschaft zu sichern und zu fördern. Es soll im Interesse der KonsumentInnen keine Marktzugangsbeschränkung für Bauern und Bäuerinnen geben, die wertvolle biologische Lebensmittel mit alten Pflanzensorten und alten Haustier-Rassen produzieren.

Die EU hat sich in ihren Zielen zur Förderung der Biodiversität, nämlich der Artenvielfalt im Tier- und Pflanzenreich, bekannt. Dies ist aber bisher nur ein Lippenbekenntnis geblieben, da in diese Richtung in den letzten Jahren nicht sehr viel oder viel zu wenig unternommen wurde.

Mit dem Zulassungsverfahren für tierische und pflanzliche Lebensmittel bzw. dem Saatgut, wie sie die EU plant, wird die Biodiversität in der Landwirtschaft nicht gefördert, sondern sogar drastisch verringert. Alte Gemüsesorten oder Tierrassen könnten die österreichischen Bauern und Bäuerinnen dann nicht mehr vermarkten. Diese Sorten würden dann durch einige wenige Sorten von Großkonzernen verdrängt. Diese Zugangs- und Markterschwernisse wären auch ein Vernichtungsschlag der Agrarindustrie gegen die regionale ökologische Lebensmittelproduktion in Österreich.

Insbesondere wären beispielsweise notwendig:

- keine teuren Zulassungsverfahren der EU
- keine Marktbeschränkung für alte bodenständige Sorten
- keine Marktbeschränkung für Lebensmittel, die nicht der Industrienorm entsprechen (gekrümmte Gurken, zu kleine Kartoffel, verästelt gewachsene Karotten, etc.)
- staatliches Förderprogramm in Österreich, um seltene oder alte Tier- und Pflanzensorten am Leben zu erhalten
- garantierte und starke Förderung von privaten Vereinen, die sich um eine verstärkte Artenvielfalt bemühen (z.B. Verein Arche Noah)

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 4

Mülltourismus

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung von Mülltourismus nach Österreich aus.

Die Müllberge wachsen nicht nur in Österreich, sondern auch in der EU. Die Recycling-Strategien sind noch nicht so ausgereift und entwickelt oder marktwirtschaftlich etabliert, um anfallenden Müll vollständig zu recyceln und somit überhaupt zu vermeiden. Österreich setzt bei der Müllentsorgung zunehmend auf Müllverbrennungsanlagen, die zugegebenermaßen einen sehr hohen Standard und Wirkungsgrad haben. Aber auch dann, wenn die Müllverbrennungsabgase mit weit mehr als 90 % gereinigt werden, bleibt immer noch die Tatsache bestehen: mit jeder Müllverbrennung, auch wenn sie noch so sauber ist, gelangt ein Teil der Schadstoffe in die Umwelt. Müllverbrennung kann also immer nur die zweitbeste Variante zur Müllentsorgung sein, da Recycling und Müllvermeidung wesentlich sinnvoller wären.

Wenn man aber dann in österreichischen Müllverbrennungsanlagen Müll aus Italien verbrennt, dann ist das sogar in mehrfacher Hinsicht kontraproduktiv und umweltschädlich:

- 1) Die österreichische Umwelt wird zusätzlichen Schadstoffen aus dem Ausland belastet.
- 2) Der weite Transport von Müll verursacht zusätzlichen unnötigen Verkehr, der die Umwelt belastet. Es wäre besser, den Müll vor Ort zu verbrennen, nämlich dort, wo er anfällt.
- 3) Es gibt weder in den müllexportierenden Ländern noch in Österreich dann die Motivation, Müll zu vermeiden, da der Mülltourismus ein lukratives Geschäft zulasten der Umwelt und der Kunden ist.

Die Arbeiterkammer Wien fordert die Gesetzgeber daher auf, hier wirksame legislative Maßnahmen zu ergreifen, um den Mülltourismus hintanzuhalten bzw. ganz zu unterbinden.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 5

Längere Gewährleistung und Garantie bei Elektrogeräten

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine starke Verlängerung der Garantie- und Gewährleistungszeiten bei Elektro- und Elektronikgeräten aus.

Müllvermeidung ist besonders bei Elektrogeräten ein Gebot der Stunde, da einerseits die Nutzungsdauer von Elektrogeräten immer kürzer wird und andererseits die Entsorgung von Elektronikteilen, wie sie z.B. bei Handys und Computern anfallen, besonders umweltschädlich ist.

Oft sind die KonsumentInnen kurz nach Ablauf der Garantie gezwungen, ein neues Gerät zu kaufen, auch wenn sie mit dem alten Gerät noch zufrieden gewesen wären, da die neuen Geräte viel früher kaputt oder obsolet werden.

Durch eine starke Verlängerung der Gewährleistungs- und Garantiezeiten wäre die Industrie gezwungen, bessere und haltbarere Geräte zu erzeugen, was sowohl der Umwelt als auch den KonsumentInnen zugute käme. Das wäre auch kein Wettbewerbsnachteil, da diese verlängerte Garantie- und Gewährleistungszeit für alle ProduzentInnen gleich wäre. Eine gesetzliche Gewährleistung von zwei Jahren und eine Garantiezeit von 5 Jahren könnten den Elektromüll wesentlich reduzieren.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 6

Gesetzlicher Anspruch auf Altersteilzeit nach fünf Jahren Firmenzugehörigkeit

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, daß ArbeitnehmerInnen, die fünf und mehr Jahre bei ein und derselben Firma beschäftigt sind, einen gesetzlichen Anspruch auf Altersteilzeit haben, sodaß diese Altersteilzeit auch ohne die Zustimmung von DienstgeberInnen in Anspruch genommen werden kann.

Die Arbeitsbelastung besonders für ältere ArbeitnehmerInnen ist stark gestiegen. Oft haben die ArbeitnehmerInnen den Arbeitsplatz, der ihnen zu beschwerlich und kräfteraubend geworden ist, zu wechseln, da die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz gerade bei älteren ArbeitnehmerInnen sehr gering sind.

Die Firmen setzen leider nicht auf erfahrene ältere ArbeitnehmerInnen, sondern auf junge billigere Arbeitskräfte. Daß die Berufs- und Betriebserfahrung der älteren ArbeitnehmerInnen ein wichtiges Kapital für die Firma sein kann, wird dabei übersehen.

In der Praxis werden die Arbeitsplätze für ältere ArbeitnehmerInnen nicht angepasst und altersgerecht gestaltet. Die ArbeitnehmerInnen werden überfordert und müssen die nun bereits krank machenden Arbeitsbedingungen solange als nur irgend möglich aushalten. Dies endet letztendlich in der Berufsunfähigkeitspension, schweren Burn-Out-Erkrankungen, Depressionen, etc., wodurch ArbeitnehmerInnen dann gleich ganz aus dem Arbeitsprozeß herausfallen.

Dieses Vorgehen hat für DienstgeberInnen keine Konsequenzen, da für die Folgekosten die Allgemeinheit aufkommen muß. Die DienstgeberInnen stellen einfach neue, jüngere Arbeitskräfte an. Es gibt also bei den meisten DienstgeberInnen keine Motivation, ältere ArbeitnehmerInnen altersgerecht zu beschäftigen, im Gegenteil, wenn ruinöse, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen zugelassen werden, werden DienstgeberInnen noch damit „belohnt“, daß ArbeitnehmerInnen aus gesundheitlichen Gründen ausfallen und sie diese loswerden.

Nur so ist zu erklären, daß viele DienstgeberInnen einer Altersteilzeit nicht zustimmen und DienstnehmerInnen eine Reduzierung der Arbeitszeit verweigern. Damit wird die an sich sehr

gute Einrichtung der Altersteilzeit für viele ältere ArbeitnehmerInnen unmöglich gemacht. Um dieser wirklich guten Einrichtung zu mehr Effektivität zu verhelfen sollte ab einer Dienstzugehörigkeit von fünf Jahren bei ein und derselben Firma ein gesetzlicher Anspruch auf Altersteilzeit bestehen, der nicht der Zustimmung von DienstgeberInnen bedarf.

Sollten DienstnehmerInnen daraufhin gekündigt werden, wäre dies beim Arbeitsgericht als verpöntes Motiv zu behandeln und mit entsprechenden rechtlichen und finanziellen Sanktionen für DienstgeberInnen zu bestrafen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 7

Mindestlohn in Österreich

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für einen gesetzlichen Mindestlohn für alle ArbeitnehmerInnen aus, die nicht nach einem Kollektivvertrag entlohnt werden.

Die Schere zwischen arm und reich geht auch in Österreich immer weiter auseinander und es gibt immer mehr ArbeitnehmerInnen, die trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet sind. In Deutschland wird es demnächst lt. jüngsten Pressemeldungen einen bundeseinheitlichen Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen geben, die nicht nach einem gewerkschaftlich ausverhandelten Kollektivvertrag bezahlt werden. Österreich wäre gut beraten, auch einen bundesweiten Mindestlohn für alle ArbeitnehmerInnen einzuführen, die nicht nach einem Kollektivvertrag entlohnt werden.

Das würde das Recht der Gewerkschaften zur Tarifgestaltung bei den Löhnen nicht aushebeln. Der Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen käme dann ohnehin bei jenen ArbeitnehmerInnen zum Tragen, wo es keinen Kollektivvertrag gibt oder dort, wo der Kollektivvertragslohn unter dem Mindestlohn liegt (was in der Praxis ja eigentlich nicht der Fall sein sollte !!!).

Ein Mindestlohn von z.B. € 1.500,- brutto für 40 Stunden Arbeit würde nicht nur den ArbeitnehmerInnen zugute kommen, die gesteigerte Kaufkraft der jetzt schlecht verdienenden ArbeitnehmerInnen würde auch der Wirtschaft helfen. Eine Win-Win-Situation also für ArbeitnehmerInnen und DienstgeberInnen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 8

Stärkerer Ausbau der Psychotherapieplätze auf Krankenschein

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für einen verstärkten und rascheren Ausbau der Psychotherapieplätze auf Krankenschein aus.

Die Belastungen am Arbeitsplatz haben in letzter Zeit zu einem starken Anstieg der psychisch bedingten Erkrankungen bei ArbeitnehmerInnen geführt. Burn-Out und Depressionen sind aber gravierende und schwere Erkrankungen, die nicht nur allein mit Medikamenten zu heilen sind, sondern vor allem einer psychotherapeutischen Behandlung bedürfen.

Die gestiegene Anzahl an PatientInnen kann mit dem derzeitigen Angebot an Psychotherapie auf Krankenschein nicht abgedeckt werden. Die PatientInnen müssen daher längere Wartezeiten in Kauf nehmen oder müssen die Behandlung selbst bezahlen, was diese sich oft aber gar nicht leisten können. Sie bekommen daher nicht so rasch wie notwendig oder schlimmstenfalls überhaupt keine Psychotherapie.

Dies vergrößert nicht nur den Leidensdruck der betroffenen PatientInnen, sondern es erschwert auch die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess, oder macht diesen überhaupt ganz unmöglich.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 09

Bessere Fahrradabstellmöglichkeiten in den Wiener U-Bahn-Zügen

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für bessere Fahrradabstellmöglichkeiten in den U-Bahn-Zügen aus.

Die Mitnahme von Fahrrädern in den öffentlichen Verkehrsmitteln ganz allgemein ist nach wie vor noch unbefriedigend. Daß die Mitnahme-Möglichkeit zeitlich auf die betriebsarmen Zeiten eingeschränkt ist (Fahrräder können Wochentags nur von 9-15h und dann wieder erst ab 18.30h mitgenommen werden) ist zwar unkomfortabel, aber noch einsehbar und nachvollziehbar. Was aber ganz dringend geändert werden müßte ist ein besseres Platzangebot für die Fahrräder in den U-Bahnen. Wenn die Fahrräder in den Einstiegsbereichen der U-Bahn-Garnitur abgestellt werden, behindert das Fahrrad einerseits Passagiere ohne Fahrrad, die durchgehen möchten, aber auch das Aussteigen mit dem Fahrrad aus dem Waggon ist etwas sperrig.

Notwendig wären daher, jeweils am Ende und Anfang eines U-Bahnzuges eigene Fahrradabteile zu schaffen, wo die Sitzplätze entfernt wurden, sodaß genug Raum für die Fahrräder zur Verfügung steht. Diese Fahrradabteile sollten dann auch nur von Personen mit Fahrrädern benützt werden, um Konflikte von Fahrradbesitzern mit anderen Fahrgästen zu vermeiden.

Die Arbeiterkammer Wien appelliert daher an die Verkehrsbetriebe Wien, möglichst rasch die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 10

Stärkerer Ausbau des österreichischen Bundesheeres zu einem Katastrophenschutz- und Zivilschutz-Heer

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für einen stärkeren Ausbau und Umbau des österreichischen Bundesheeres mit Schwerpunkt Katastrophenschutz und Zivilschutz aus.

Wie die jüngste Entwicklung gezeigt hat, ist der Einsatz des Heeres bei Katastrophen nach wie vor wichtig und sinnvoll. Bei den letzten Hochwasser-Überschwemmungen wurden Heeresangehörige zu massiven Hilfsleistungen in den betroffenen Gebieten eingesetzt, was auch von der Bevölkerung sehr geschätzt und mit Dankbarkeit angenommen wurde. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines österreichischen Bundesheeres stellte sich da erst gar nicht.

Anders aber ist der Einsatz des Heeres in der Luftraumverteidigung mittels Abfangjägern, die Unsummen an Geld erfordern, nach wie vor umstritten. Das Bedrohungsszenario hat sich geändert. Es ist jetzt viel wahrscheinlicher, daß das Bundesheer für Katastropheneinsätze wie Hochwasser oder z.B. nach einem Reaktorunfall bei einem grenznahen AKW benötigt wird, als zu Abwehr von feindlichen Flugzeugen.

Die enormen Mittel für Abfangjäger fehlen aber dann für ein gut ausgerüstetes Milizheer zur Raumverteidigung und eben für Katastrophenschutz Einsätze.

Wirksame und rasche Hilfe bei Katastrophen ist für die gesamte Bevölkerung wichtig.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 11

Kennzeichnung von Batterien

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine Kennzeichnung von Batterien aus, die den KonsumentInnen eine vergleichbare Leistungsangabe bietet.

Handelsübliche Batterien, wie man sie im Supermarkt kaufen kann, sind derzeit nur in Ausnahmefällen mit präzisen technischen Informationen versehen. Stattdessen sollen die KundInnen mit Ausdrücken wie „ultra power“, „high energy“ oder Ähnlichem zum Kauf bewegt werden. Dadurch weiß der Kunde/die Kundin im Endeffekt jedoch nicht, was er/sie eigentlich kauft, bzw. erfährt es nur nach gezielter Recherche.

Eine Angabe der Spannung und Amperestunden, wie sie bei wiederaufladbaren Akkumulatoren bereits besteht, würde jedenfalls für bessere Kundeninformation sorgen. Da man jedoch nicht davon ausgehen kann, daß die Mehrzahl der KundInnen die Umrechnung von Spannung und Kapazität in die leichter begreifbare Einheit „Wattstunden“ bzw. „Miliwattstunden“ beherrscht, sollen beide Energiespeicher darüber hinaus gut sichtbar dahingehend beschriftet werden.

In weiterer Folge könnten die KundInnen bereits im Geschäft die Leistungsdaten von Batterien mit jenen von wiederaufladbaren Akkumulatoren vergleichen und leichter einschätzen, ab wie vielen Wiederaufladezyklen ein Akkumulator die finanziell günstigere Lösung darstellt.

Die Arbeiterkammer Wien fordert die zuständigen Stellen daher auf, diese Änderungen im Sinne der Kundeninformation zu veranlassen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 12

Gift in Zuchtlachs

Die Arbeiterkammer Wien fordert eine Beibehaltung des Grenzwertes für Endosulfan. Die zuständigen Stellen werden dringend aufgefordert, sich für ein Verschlechterungsverbot für die Grenzwerte von als gesundheitsschädlich bekannte Substanzen in Lebensmitteln auf EU-Ebene einzusetzen.

Die europäische Kommission erhöhte die Grenzwerte für den Gehalt von Endosulfan (ein Pestizid) in Zuchtlachs um das zehnfache, obwohl die Toxizität dieser Substanz bestens bekannt ist und im Zuge der Stockholmer Konvention ein stufenweises weltweites Herstellungs- und Anwendungsverbot geplant ist.

Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, daß in diesem Fall im Sinne der Lebensmittelbranche die Gesundheit der KonsumentInnen nachrangig behandelt wird.

In einer Zeit, in der die Gesundheitsbelastung durch Umweltgifte in Meerestieren kontinuierlich zunimmt und auch die Anzahl der als gesundheitsschädlich bekannten Substanzen immer weiter zunimmt, und das oft aus diffusen, kaum einzugrenzenden Quellen, kann eine bewusst zugelassene Verschlechterung aus bekannten und einfach regulierbaren Quellen nicht toleriert werden. Die betroffenen LachszüchterInnen und die EU sollten lieber gemeinsam gegen den Pestizideintrag in den Ozean eintreten, anstatt den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen.

Die Arbeiterkammer Wien fordert deshalb die Beibehaltung der ursprünglichen Grenzwerte. Des Weiteren soll ein Verschlechterungsverbot für die Grenzwerte von als gesundheitsschädlich bekannte Substanzen in Lebensmitteln auf EU-Ebene angestrebt werden, damit derartige Vorgänge in Zukunft nicht mehr möglich sind.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

161. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 13.11.2013

Antrag 13

Zigarettenfilter

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für die Entwicklung und stufenweise EU-weite Einführung von biologisch bestmöglich abbaubaren Zigarettenfiltern aus.

Zigarettenfilter werden, wie die Erfahrung zeigt, zu einem hohen Anteil einfach weggeworfen und somit in die Umwelt eingebracht, anstatt ordnungsgemäß entsorgt zu werden. Das bleibt nicht ohne Folgen: Die schwer oder gar nicht abbaubaren Zigarettenfilter aus Celluloseacetat verbleiben für lange Zeit in der Umwelt, die Bandbreite der geschätzten Verweildauer beträgt zwischen 3 und 15 Jahren. Einige Meeresschutzorganisationen gehen von bis zu 400 Jahren aus, in manchen Meeresgebieten bestehen über 30% des nachweisbaren Kunststoffmülls aus Zigarettenfiltern.

Die Einführung von biologisch abbaubaren Zigarettenfiltern ist wegen des Entwicklungsaufwandes wohl nur mittelfristig möglich, da die Qualität der Filter auch Einfluss auf die Gesundheit der RaucherInnen hat. Dennoch ist die Abbaubarkeit der Filter ein Faktor, der einer Überprüfung und Optimierung unterzogen werden sollte.

Eine denkbare Vorgehensweise wäre beispielsweise ein schrittweiser Einführungsplan, der mit unterschiedlichen Besteuerungsmodellen beginnt und - nach einem angemessenen Zeitraum - ein Totalverbot der bisherigen Zigarettenfilter zum Ziel hat.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------